

Gewerkschaften in China

Der All-Chinesische Gewerkschaftsbund (ACGB) wurde nach der Kulturrevolution im Jahre 1978 wiedergegründet. Er gehört neben dem Frauen-, dem Jugend- und dem Studentenverband zu den sogenannten Massenorganisationen in China. Die Anzahl der Mitglieder betrug im Jahre 1999 103 Millionen.

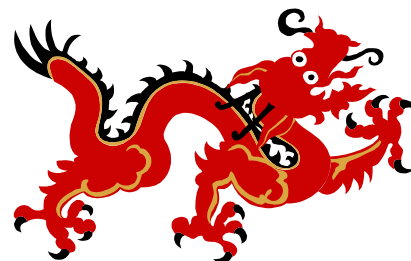
Unter dem Dach des Gewerkschaftsbundes operieren 16 nationale Industriegewerkschaften und 31 Regionalorganisationen in den Provinzen, Autonomen Regionen und direkt der Zentralregierung unterstellten Städten.

2 Prozent der Lohnsumme werden in den gewerkschaftlich organisierten Betrieben als Gewerkschaftsbeitrag erhoben, die Mitglieder zahlen 0,5% Beitrag von ihrem Lohn. Vom Gewerkschaftsbeitrag bleiben 60% bei der Organisation im Betrieb, 35% gehen an die Gewerkschaftsorganisationen auf Provinz-, Kreis- oder Stadtebene. Nur 5% werden für die Erfüllung der Aufgaben des Dachverbandes in Peking aufgewendet. Außer den Beschäftigten der Staatsunternehmen wurden inzwischen nach Informationen des ACGB die Belegschaften von 59.000 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung und von 57.000 Privatbetrieben gewerkschaftliche organisiert.

Neben den vielen Sportstätten, Kultureinrichtungen, Sanatorien, Erholungsheimen, Schulen und Bildungsstätten betreiben die Gewerkschaften landesweit rund 65.000 eigene Unternehmen mit einer Gesamtzahl von rund einer Million Arbeitnehmern. Für rund eine Million freigesetzte Beschäftigte von Staatsunternehmen hat die Gewerkschaft eigenen Angaben zufolge neue Arbeitsplätze vermitteln können.

Das Gewerkschaftsgesetz sieht kein Streikrecht vor. Dieses Recht wurde 1982 aus der chinesischen Verfassung gestrichen mit der Begründung, das politische System habe "Probleme zwischen dem Proletariat und den Unternehmenseignern beseitigt". Das Gewerkschaftsrecht von 1995 enthält Bestimmungen zur Konfliktbeilegung, einschließlich Schiedsverfahren und die Anrufung eines Arbeitsgerichts, jedoch keine Möglichkeit für Streikaktionen. Zur Beendigung von Streitigkeiten können bindende Schiedssprüche einseitig ergehen.

Auskünfte über eine sozialistische Marktwirtschaft



China kommt!

Die Gewerkschaftskontakte zwischen Deutschland und China haben sich erst in den beiden letzten Jahren langsam entwickelt. Von chinesischer Seite wurde der Wunsch zu einer intensiveren Zusammenarbeit geäußert. Besonderes Interesse äußerte der All-Chinesische Gewerkschaftsbund (ACGB) an Kooperationen in den Bereichen Tarifpolitik, betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung, sowie in Fragen des Gesundheitsschutzes und der Arbeitssicherheit.

Franz Kersjes hat im Herbst 2000 mit einer nordrhein-westfälischen Gewerkschaftsdelegation einen Arbeitsbesuch in Peking, Shanghai und in der Provinz Sichuan durchgeführt. Seine Eindrücke schildert er in der folgenden Zusammenfassung.

Im Oktober 1992 erklärte der 14. Parteikongress der Kommunistischen Partei Chinas die Errichtung einer "sozialistischen Marktwirtschaft" zum offiziellen Ziel der Partei. Bereits zuvor hatte Deng Xiaoping, Nachfolger von Mao Zedong, im Jahre 1978 tiefgreifende ökonomische Reformen eingeleitet, die China innerhalb von 20 Jahren zu einer der großen Wirtschaftsmächte der Welt und zum politischen Partner und Gegenspieler Amerikas machten. Der erfolgreichen Entkollektivierung der Landwirtschaft folgte Anfang der 80er Jahre die Reform in den Städten. Die Manager der Staatsunternehmen erhielten die Autonomie in ihren Produktions- und Investitionsentscheidungen. Wie die Bauern mussten sie sich verpflichten, eine vereinbarte Planmenge zu den vereinbarten (niedrigen) Preisen zu liefern. Alles, was sie darüber hinaus produzieren, können sie frei auf dem Markt zu höheren Preisen verkaufen. Statt den Gewinn abzuliefern, zahlen die Unternehmen eine Steuer. Den verbleibenden Gewinn können die Manager frei verwenden, zum Beispiel für Prämien an die Belegschaft und zusätzliche Sozialeinrichtungen. Der Staat hat sich aus der Finanzierung der Unternehmen zurückgezogen. Sie müssen ihren Geld- und Kapitalbedarf aus den einbehaltenen Gewinnen und durch Bankkredite decken.

Aufbruch

Die Reformen setzten ungeheure Energien frei und machten China zu der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaft der Welt. In den Städten entstanden entlang der Straßen Verkaufsstände und Essbuden, Gaststätten und Karaoke-Bars, Reparaturbetriebe und handwerkliche Produktionsstätten. Überall trifft man vor allem junge, hochmotivierte und qualifizierte Menschen. Vor allem im Dienstleistungsbereich ist oft ein hervorragender Service anzutreffen. Überall in den Städten entstehen viele neue, ansehnliche Wohnhäuser und Bürohochhäuser. Große Werbeflächen signalisieren den Aufbruch in ein neues Zeitalter. Coca Cola, MacDonalds, VW und viele andere europäische und amerikanische Konzerne erobern den chinesischen Markt. Handys gehören bereits zum Alltag in den Städten. Und die Fernsehreklame bietet vom Hundefutter bis zur Luxusmode alles, was eigentlich niemand braucht.

Kontraste

Der Kontrast zwischen Tradition und Aufbruch in eine ungewisse Zukunft, der Gegensatz von Armut und wachsendem Reichtum ist unübersehbar. Das rücksichtslose Wachstumsstreben hat teilweise bereits zu enormen Überkapazitäten geführt. Das Resultat ist heute schon ein ruinöser Preiskampf. Viele der Industrieunternehmen sind jedoch nicht wettbewerbsfähig und in Gefahr, von der Konkurrenz, nicht zuletzt der ausländischen Konkurrenz, weggefegt zu werden.

Steigende Arbeitslosigkeit

Am stärksten bedroht sind die Staatsunternehmen, die an einer tiefgreifenden Reform nicht mehr vorbeikommen. Das bedeutet allerdings, dass ein großer Teil der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verliert. Nach inoffiziellen Angaben sind in den Städten insgesamt zwischen 30 und 40 Millionen Menschen unfreiwillig ohne Arbeit. In den ländlichen Bereichen liegt die Anzahl der sogenannten überzähligen Arbeitskräfte bei etwa 150 Millionen. Die Anzahl der Wanderarbeiter liegt nach offiziellen Angaben bei etwa 45 Millionen. Davon haben 15 Millionen faktisch einen festen Arbeitsplatz in der Stadt; 15 Millionen sind zeitweilig auf Baustellen beschäftigt und 15 Millionen sind Saisonarbeiter (meistens ohne Aufenthaltsgenehmigung als Tagelöhner beschäftigt). Sie sind vom Land in die Städte gezogen, um ein bescheidenes Einkommen zu finden.

Arbeitsbeziehungen im Wandel

Im Bereich der Arbeitsbeziehungen vollzieht sich seit den 90er Jahren ein grundlegender Wandel. Erst seit 1995 verfügt China über ein Arbeitsgesetz.

Deutschland ist im Rahmen eines Projektes der Entwicklungszusammenarbeit am Aufbau des Systems maßgeblich beteiligt.

Das Arbeitsgesetz von 1995 sieht zwar keine zwingende Verpflichtung zum Abschluss von Tarifverträgen vor, die Gewerkschaften haben jedoch seit dem auf betriebliche Verträge zur Regelung von Lohnzahlungen, sozialen Sonderleistungen, Arbeits- und Urlaubszeiten, sowie von Arbeitsbedingungen (z.B. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz) gedrängt. Nach Angaben des Gewerkschaftsbundes wurden bis Mitte 1999 für 319.000 Unternehmen Tarifverträge abgeschlossen, die für ca. 72 Millionen Beschäftigte gelten. Darin eingeschlossen sind 29.000 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung und 46.000 Privatunternehmen. Betriebliche Tarifabkommen müssen von den zuständigen Arbeitsbehörden genehmigt werden.

Aufbau eines Sozialversicherungssystems

Die Arbeitszeit ist in China im Arbeitsgesetz auf 40 Stunden an fünf Tagen in der Woche festgelegt. Mindestens ein Tag muss arbeitsfrei sein. Überstunden sind in begrenzter Anzahl mit Zustimmung der Gewerkschaft erlaubt und müssen bezahlt werden. Der normale Überstundenzuschlag beträgt 150%, an normalerweise arbeitsfreien Tagen erhöht sich der Zuschlag auf 200% und bei Arbeit an gesetzlichen Feiertagen gibt es 300% Zuschlag.

Eine nationale Regelung zum bezahlten Urlaub existiert nicht. Urlaubsanspruch besteht in der Praxis erst nach einem Jahr Beschäftigung im Unternehmen. Die Urlaubsdauer liegt zwischen 7 und 14 Arbeitstagen. Die Anzahl der gesetzlichen Feiertage wurde zuletzt von 7 auf 10 Tage erhöht.

Seit Mitte der 90er Jahre ist China dabei, Sozialversicherungsregelungen einzuführen. Die bisher dazu vom Staatsrat erlassenen Regeln beziehen sich auf die Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Mutterschaftsversicherung. In den bislang bescheidenen gewerkschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China konzentriert sich das Interesse der chinesischen Gewerkschaften zurzeit insbesondere auf den Aufbau eines Sozialversicherungssystems. Darüber hinaus sind Erfahrungen und Innovationen für eine sozialverträgliche Anpassung auf dem Arbeitsmarkt durch Vorruhestand, Umschulung und Weiterbildung gefragt.

Wie aus dem Nichts ist China in einem Vierteljahrhundert zur siebtgrößten Handelsmacht der Welt aufgestiegen. Das Interesse an ausländischen Investoren ist ständig gewachsen. Die Sonderwirtschaftszonen bieten attraktive Vergünstigungen wie die Befreiung vom Zoll und die zeitweilige Steuerbefreiung für die Exportproduktion. Inzwischen können ausländische Unternehmen in den meisten industriellen Bereichen hundertprozentige Tochterunternehmen selbst dann gründen, wenn diese überwiegend oder gänzlich für den chinesischen Markt produzieren. Darüber hinaus erlaubt die chinesische Regierung auch Auslandsinvestitionen in vielen Dienstleistungsbereichen wie Hotels, Kaufhäuser, Versicherungen, Banken, Rechtsanwalts-

kanzleien. Es gibt heute in China mehr als 300.000 ausländische Gemeinschaftsunternehmen und Tochterfirmen, nicht nur in den großen Städten, sondern auch in Kreisstädten und tief im Innern des Landes.

Betriebsbesuche

Die ökonomische und politische Ausrichtung wird von der KP Chinas vorgegeben. In Gesprächen mit Funktionären wird deutlich, dass eine Reform nicht möglich erscheint, ohne dass man den Unternehmen erlaube, überflüssige Arbeitskräfte zu entlassen, und ohne dass man Betriebe, die nicht saniert werden können, schließe. Dem Profitstreben ausländischer Investoren will man unter anderem dadurch begegnen, dass der Staat zumindest in den Schlüsselindustrien mehrheitliche Gesellschafteranteile behält.

Beim Besuch in einem gewerkschaftseigenen Zeitungsbetrieb in Chengdu (Provinz Sichuan im Südwesten) werden aktuelle Schwierigkeiten in den Arbeitsbeziehungen exemplarisch deutlich. An sieben Tagen in der Woche werden Zeitungen mit einer Gesamtauflage von jeweils zwei Millionen Exemplaren in einer Nachtschicht gedruckt. In der Technik sind lediglich 50 Kolleginnen und Kollegen festangestellt. Darüber hinaus werden Abrufkräfte bzw. Gelegenheitsarbeiter/innen beschäftigt. Das regt bislang niemanden auf. Es ist üblich, dass meistens nur befristete Arbeitsverträge mit unterschiedlicher Laufzeit abgeschlossen werden. Die Weiterbeschäftigung hängt vom Erfolg der Produkte und Dienstleistungen ab. Genau genommen tragen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dabei das Beschäftigungsrisiko.

In Gesprächen und Besichtigungen beim größten Fernsehgerätehersteller Chinas, dem Unternehmen Changhong in Mianyang, ist die Zahl der Arbeitsplätze erheblich expandiert. Rund 30.000 Kolleginnen und Kollegen werden beschäftigt. Aber nur ca. 16.000 sind Mitglied der Gewerkschaft. Die Tarifverträge gelten jedoch für alle Beschäftigten. Die sozialen Leistungen sind beachtlich. Frauen können mit 55 Jahren und Männer mit 60 Jahren in Rente gehen. Das Altersruhegeld beträgt etwa 85% des vorherigen Einkommens, sofern jemand mindestens 20 Jahre gearbeitet hat.

Die Versorgungslage und Wohnsituation der Bevölkerung hat sich in den vergangenen Jahren insgesamt nachhaltig verbessert. Man kann annehmen, dass diese Fortschritte sich in Vertrauenskapital in die politische Führung umgewandelt haben. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation zukünftig auswirken wird. Die damit verbundene Absenkung der Importzölle wird die Konkurrenzfähigkeit der eigenen landwirtschaftlichen Produkte mit Sicherheit in Schwierigkeiten bringen. Aber mit den industriellen Produkten, insbesondere auf den Märkten der Telekommunikation, wird China international sicherlich an Bedeutung gewinnen. Die Finanz- und Handelsmetropole Shanghai soll unaufhaltsam expandieren.

Gigantische Probleme

Der Aufstieg Chinas zur vielleicht stärksten Weltmacht in den nächsten zehn Jahren darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Probleme Chinas ebenfalls gigantisch sind. Die Wurzel aller Probleme ist die Überbevölkerung. Nach Einschätzung von Experten wird sich Chinas Bevölkerung erst etwa im Jahre 2030 bei ca. 1,5 Milliarden Menschen stabilisieren. Der Bevölkerungszuwachs hat natürlich unmittelbaren Einfluss auf die wachsende Arbeitslosigkeit. Gegenwärtig treten jährlich 15 Millionen junge Menschen in das Erwerbsalter ein, aber lediglich 6 Millionen gehen in den Ruhestand. Daraus ergibt sich ein jährlicher Nettobedarf von 9 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Das zweite Hauptproblem Chinas ist die Umweltzerstörung. Chinas Städte gehören zu den Städten der Welt mit der größten Luftverschmutzung. Die Umweltzerstörung droht dem Wirtschaftswachstum buchstäblich die Luft und das Wasser wegzunehmen.

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus der wachsenden Ungleichheit in der Gesellschaft. Einige werden schneller reich – viele bleiben aber arm. Die Entwicklung reißt die Menschen aus dem traditionellen Lebensformen und Wertvorstellungen heraus. Kapitalistische Prinzipien bedrohen die jahrtausende alte Kultur Chinas. Deshalb wird es entscheidend sein, ob die Gewerkschaften und die Regierung Mittel und Wege für einen überzeugenden sozialen Ausgleich finden.

China hat in den vergangenen zehn Jahren dramatische wirtschaftliche Reformen unternommen. Dies hat zu einer spürbaren Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen geführt. Aber nicht für alle Chinesen. Bedrückend und empörend sind die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen. Es ist überdeutlich, dass die Hauptsorge der Kommunistischen Partei darin besteht zu verhindern, dass Proteste eskalieren und ihr Herrschaftsanspruch in Frage gestellt wird. Trotzdem sollten die gewerkschaftlichen Kontakte fortgesetzt und weiterentwickelt werden, damit die Chancen für Demokratie und Menschenrechte Unterstützung finden.